



---

Freie Demokraten im Hessischen Landtag

## **ABSCHNEIDEN RECHTSPOPULISTISCHER PARTEIEN BEI DER KOMMUNALWAHL**

10.03.2016

---

Anlässlich der Aktuellen Stunde der Linkspartei erklärte die FDP-Abgeordnete Nicola BEER: „Uns Freien Demokraten sind die menschenverachtenden Parolen der bräunlichen Truppen, die bedauerlicherweise in unsere kommunalen Parlamente eingezogen sind, zutiefst zuwider. Denn diese Parolen werden der Verantwortung nicht gerecht, die jeder Einzelne für seine Mitmenschen wahrzunehmen hat. Ebenso werden jene Parolen dem nicht gerecht, was unser Gemeinwesen gegenüber Schutzsuchenden zu erbringen hat. Wie das Auftreten der Rechtspopulisten beispielsweise im Sächsischen Landtag zeigt, bleibt es bei unsäglichen Parolen und plumper Hetze: Zu echter, verantwortungsvoller Parlamentsarbeit und zu sinnvollen, pragmatischen Lösungen für unser Land sind Gruppierungen wie die AfD weder willens noch fähig. Es ist daher die Pflicht und Aufgabe aller demokratischen Parteien, dies transparent zu machen und so darauf hinzuarbeiten, dass ihr Einzug eine bloße Episode bleibt und in Hessen nicht zur Regel wird.“

Weiter erklärte Beer:

„Doch ebenso unerträglich ist für mich die heuchlerische Art, mit der sich ausgerechnet die Linkspartei an den Rechtsextremisten hochzieht: Denn die Linkspartei ist rechtlich, finanziell und ideologisch die klare Nachfolgerin der SED, die den Schießbefehl an der innendeutschen Grenze eingeführt und exekutiert hat. Sie steht damit auf den Schultern derer, die über tausend Menschen getötet haben, die Freiheit suchten und vor Bespitzelung und Unterdrückung flohen. Klar distanziert von diesen Gräueltaten ihrer Vorgänger haben sich die Linken immer noch nicht.

In Sachsen-Anhalt zeigen die Umfragen auf, dass die Gefahr besteht, dass fast 40 Prozent extrem wählen, also entweder für die Neuen Braunen oder die Postkommunisten

zu stimmen drohen. Die AfD ist ebenso der parlamentarische verbrämte Arm derjenigen, die Flüchtlingsheime anzünden wie die Linkspartei von denjenigen, die wie in Frankfurt Polizisten angreifen, Autos anzünden und Ladenlokale zerstören. Hier zeigt sich eine Entgrenzung der politischen Debatte über Emotionalisierung zur Radikalisierung. Das tut unserer Republik nicht gut. Es herrscht Straßenkampf statt Debattenkultur. Für Differenziertheit ist kein Platz. Radikale - rechts wie links - destabilisieren erst unsere Gesellschaft und dann unsere Demokratie.

Was wir in der Politik in Hessen brauchen, ist eine ehrliche und aufrichtige Debatte über die Ursachen des Aufstiegs extremistischer Parteien. Man muss sie inhaltlich stellen, in der Debatte entzaubern, auch in unseren Kommunalparlamenten. Das plumpe